

mus und eine Verherrlichung der „Partisanen und der progressiven Kräfte“ aufgenommen werde. . .

In seiner Schlußrede lehnte Außenminister *Moshe Sharett*, der (zu der Zeit) den auf Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten vertrat, in der ihm gewohnten temperamentvollen Weise alle Anträge der Opposition ab und sagte: „Wir würden das Andenken der Opfer nicht ehren, sondern es entweihen, wenn wir das Andenken an sie als Mittel zur Entfaltung des Rassenhasses auf dem Boden Israels mißbrauchen würden.“ Was den Wunsch der rechten Opposition beträfe, das Wort Nazis durch Deutsch zu ersetzen, so lehne er die Interpretation der Heruthleute mit aller Schärfe ab, nach der diese Fassung etwas mit dem Zahlungsabkommen mit Bonn zu tun habe. „Man kann“, sagte er, „diese beiden Dinge nicht miteinander verknüpfen. Das Zahlungsabkommen war ein Ehrenvertrag — ich betone ausdrücklich: ein Vertrag der Ehre, denn er führte zu einem völlig neuen Faktum in der Geschichte des Judentums wie der Menschheit im allgemeinen: es proklamierte zum erstenmal, daß jüdisches Eigentum nicht mehr vogelfrei ist.“ Das Gesetz wurde, wie gesagt, einstimmig angenommen. . . Das Gesetz, das seit langem erwartet wurde, gibt nun die legale Möglichkeit für die Zusammenarbeit staatlicher und privater Kräfte in Israel wie im Ausland, um den Millionen von Menschen, die im zweiten Weltkrieg auf so grausame Art ums Leben kamen, ein ewiges Denkmal zu setzen. (Aus: Die Neue Zeitung [Berlin, 11. 9. 1953.] 215.)

10/12) Qual der Erinnerung

Das Aufsehen, das der jüdisch-amerikanische Geiger Jascha Heifetz in Israel, aber auch in der übrigen Welt erregte, als er kürzlich deutsche Musik in seinen Konzerten darbot, hat viele Deutsche erst auf die wohl problematische Maßnahme aufmerksam gemacht, die in Israel die öffentliche Aufführung von Werken deutscher Komponisten untersagte.

Die grauenhaften Erinnerungen, mit denen jüdische Menschen belastet sind, die vielleicht als einzige Überlebende einer großen Familie den deutschen Gaskammern entronnen konnten, zwingen uns, wenn wir uns nicht einer unmenschlichen Betrachtungsweise schuldig machen wollen, das zunächst befremdliche Verbot in einem besonderen Licht zu sehen. Jüdische Menschen, zu deren schönsten Gaben Verständnis und Liebe zur Musik gehören, haben es als notwendig empfunden, sich das Anhören deutscher Musik zu versagen, weil der deutsche Name des Komponisten und das Wissen, daß diese Musik damals auch von ihren Harknern gehört und gespielt wurde, bereits genügen, ihnen Erinnerungen aufzuzwingen, mit denen zu leben kein Mensch auszuhalten vermöchte. Nicht zu urteilen, sondern zu verstehen gilt es hier. Vielleicht endlich mit erschrockenem Herzen zu begreifen, welchen Qualen jüdische Menschen durch unsere Mitverantwortung noch heute ausgeliefert sind. Wir müssen verstehen, wenn sie nicht vergessen können, und wenn der Dämon Erinnerung manchmal die besten Regungen überwältigt.

Jascha Heifetz wagte es, sich über diese Zusammenhänge und über das israelische Verbot hinwegzusetzen. Dies war ein ergreifender Vorgang. Heifetz' Hörer dankten ihm mit stürmischem Beifall, weil sie vielleicht zum ersten Mal beglückt erfahren durften, daß die Macht der Musik endlich stärker war als ihre Qual der Erinnerung. Daß sich nicht alle Menschen in Israel nach Heifetz' Konzert schon in der Lage sahen, sich nun wieder deutscher Musik auszusetzen, ja, daß ein Unglücklicher Heifetz angriff, um ihm die Hände zu verletzen, sollte für uns ein Ansporn sein, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, zu einem wirklichen Frieden mit Israel zu kommen. Die Deutschen aber, die an unserem gestörten Verhältnis zu Israel leiden, werden Jascha Heifetz danken.

(In: Deutsche Universitäts-Zeitung 8. [Göttingen, 4. 5. 1953.] 9. S. 5.)

10/13) Jüdische Selbstkritik im Zusammenhang mit Kibya

Im Herbst 1953 wurde eine illegale Aktion auf das arabische Dorf Kibya von israelischer Seite ausgeführt, wobei 42 arabische Männer, Frauen und Kinder ihr Leben verloren. Es handelte sich dabei um einen nachher von der Regierung von Israel schwer bestraften Vergeltungsakt für die beinahe täglichen arabischen Überfälle an den Grenzorten Israels, bei denen jedesmal unschuldige Israelis ermordet wurden. Seit dem 25. Mai 1950 waren allein im jordanisch-israelischen Grenzabschnitt 421 israelische Bürger von arabischen Eindringlingen aus Jordanien getötet worden und u. a. fanden 566 bewaffnete Überfälle und 3 203 Raubaktionen auf israelisches Gebiet statt; seit Beginn des Jahres 1952 bis zum Oktober 1952 wurden hier von jordanischen bewaffneten Eindringlingen 49 israelische Bürger getötet und 34 verwundet (vgl. Israel-Informations-Dienst, Köln, 29. 10. 53, Nr. 13/2).

Die israelische Regierung hat sich bereit erklärt, den durch den Überfall auf das jordanische Dorf Kibya entstandenen Schaden zu ersetzen und Entschädigungen für die Hinterbliebenen der Opfer zu zahlen, vorausgesetzt, daß auch Jordanien sich zu einem gleichen Vorgehen hinsichtlich der durch jordanische Angriffe entstandenen Schäden und Schadensansprüche bereit erklärt. — Darüber hinaus begrüßte die israelische Regierung den Beschluß der drei westlichen Großmächte, die ganze Frage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen.

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums erklärte am 18. Oktober in Jerusalem: „Die Regierung und Bevölkerung Israels sind von einer tiefen Trauer über den Verlust unschuldiger Menschenleben erfüllt und bedauern auch, daß die Situation sich infolge der Unfähigkeit der jordanischen Behörden verschlechtert hat, die die nächtlichen Überfälle, die zum Verlust zahlreicher jüdischer Menschenleben und zur Zerstörung von Eigentum führten, nicht zu einem Stillstand bringen können. . .“

Das in Tel Aviv erscheinende Mitteilungsblatt der europäischen (deutschen) Einwanderer bringt zu diesem Vorfall unter der Überschrift „Business as Usal?“ in einem Leitartikel folgende jüdische Selbstkritik:

„Business as Usal — das ist in vielen Lagen des Lebens ein heilsamer Grundsatz, auch im Leben eines Volkes, wenn es schwere Zeiten und Stunden der Krise und Gefahr durchmacht. Aber muß dieses Wort, das einen Appell an den natürlichen Instinkt des Menschen zur Überwindung aller Schwierigkeiten enthält, nicht doch mit einer gewissen Vorsicht angewandt werden? Es gibt Stunden im Leben — des einzelnen und der Gemeinschaft — in denen es heilsam und notwendig ist, nicht sogleich zu den Geschäften des Tages zurückzukehren, und so zu leben, als ob nichts geschehen sei, sondern die Erschütterung in sich nachwirken zu lassen, die Stunden der Spannung mit sich gebracht haben.“

Uns scheint, daß wir heute in einer solchen Situation sind. Noch sind die Akten über das, was geschehen ist, nicht geschlossen. Noch sollte jeder unter uns, der sich ein Gefühl für Menschliches und Jüdisches bewahrt hat, mit Erschütterung daran denken, was geschehen ist. Wer immer die Täter jener Nacht waren — sie gehören zu uns, in unserer Mitte sind sie beheimatet. Wir wünschen und hoffen, daß aus vergossenem Blut keine neuen, sinnlosen Racheakte entstehen — aber wir sollten den Ort nicht vergessen, der ein Teil auch unserer Geschichte geworden ist.“

Prof. *Norman Bentwich* hat im besonderen die rein moralischen Erwägungen betont. Er erinnerte daran, daß, als der Staatssekretär des Auswärtigen in Israel, Mr. Sharett, um die Aufnahme in die Vereinten Nationen nachsuchte, er in der Knesseth erklärte: „Der Staat von Israel wird sich nicht von dem nationalen Erbe des jüdischen Volkes entfernen, dessen wesentliche Grundsätze die Liebe zu den Menschen, die Verfolgung des Friedenszieles, sowie die Hingabe an die Gerechtigkeit sind.“ Und selbst im Augenblick, als der derzeitige Premierminister Ben Gurion den Angriff auf Kibya seinen eigentlichen politischen und psychologischen Gründen nach erklärte, versicherte er, daß „wir, wie alle vergangenen jüdischen Generationen, an die Vision des Friedens im Sinne der Propheten Israels glauben“.

Alle diese Überzeugungen entsprachen der Botschaft, die Prof. *Ernst Simon* im Dezember 1951 im Rahmen der Jewish Agency vor einer zahlreichen jüdischen Öffentlichkeit an der hebräischen Universität gab. Sehr wirkungsvoll zitierte er die Worte eines ausgesprochenen politischen Zionisten des verstorbenen Berl Kaznelson: „Die politische